

Anfrage	Datum	Nummer
Öffentlich	20.05.2015	3572/15
Absender		
Fraktion BIBS Platz der Deutschen Einheit 1 38100 Braunschweig		
Adressat		
Oberbürgermeister Markurth Platz der Deutschen Einheit 1 38100 Braunschweig		
Gremium	Sitzungstermin	
Rat	02.06.2015	
Betreff / Beschlussvorschlag		
Atomare Konditionierungsanlage in BS-Thune		

Seit dem Jahre 2009 betreibt Eckert & Ziegler über die Tochtergesellschaft KSE GmbH auf dem Buchler Grundstück in Braunschweig-Thune eine Konditionierungsanlage zur Abfallbehandlung von Atommüll.

Die Kapazitäten dieser industriellen Konditionierungsanlage übersteigen dabei die Bedarfe der Rücknahme von atomaren Abfällen aus eigener Produktion.

In den Bauakten für Thune scheinen sich keinerlei Anträge bzw. Genehmigungen über die Konditionierungsanlage, ihre Ausmaße und Kapazitäten zu befinden - wie aus seitens der BIBS-Fraktion genommenen Akteneinsichten geschlossen werden muss.

Von daher wird angefragt:

1. Wie wollen Stadtverwaltung und Umweltministerium verhindern, dass es in Thune zu industrieller Behandlung von Fremd-Abfall kommt bzw. bereits in den letzten Jahren gekommen ist, ähnlich wie es aktuell in Ritterhude vom Umweltministerium festgestellt worden ist?
2. Wurden bei der Stadt jemals Unterlagen über Größe, Umfang und Kapazität der Konditionierungsanlage, der Betriebs-Abläufe sowie des Verbleibs der Reststoffe nach Durchlaufen der Konditionierungs(anlagen) (wie Verbrennungsöfen, Trocknungsanlagen, Ionentauscher-, Pressanlagen u.a.) eingereicht?
3. Nach Unternehmensangaben (siehe KSE-Brief von 2010) war die Konditionie-

rungsanlage der Eckert&Ziegler -Tochtergesellschaft KSE GmbH zugeordnet.
Diese Tochtergesellschaft existiert nicht mehr.
Welche Firma betreibt nun die Konditionierungsanlage?

Gez.
Peter Rosenbaum
BIBS-Fraktion

Anlagen: - Brief der KSE GmbH von Geschäftsführer Andreas Eckert an die Ratsmitglieder aus 2010
- Pressemitteilung des nds. Umweltministeriums vom 11.5.2015 zum Unfall in Ritterhude



**Kompetenzzentrum für sichere
Entsorgung GmbH**

Gieselweg 1
38110 Braunschweig
www.kse-braunschweig.de

Dr. Andreas Eckert
Geschäftsführer

Telefon +49 (0) 30 94 10 84-140
Telefax +49 (0) 30 94 10 84-220
E-mail andreas.eckert@ezag.de

KSE GmbH, Gieselweg 1, 38110 Braunschweig

An die
Mitglieder des Rates
der Stadt Braunschweig
Platz der Deutschen Einheit 1
38100 Braunschweig

Berlin, den 12.02.2010

**Veränderungssperren für Standort Thune
13068/10 Harxbütteler Straße-Süd / 13069/10 Gieselweg**

Sehr geehrtes Mitglied des Rates der Stadt Braunschweig,

auf der Tagesordnung der Ratssitzung am 16.02.2010 stehen zwei Anträge auf Veränderungssperren, von denen unter anderem das Kompetenzzentrum für sichere Entsorgung GmbH (KSE) betroffen wäre. Wir halten diese Anträge nicht für sinnvoll und möchten Ihnen zur Erläuterung einige Hintergrundinformationen geben.

Das KSE (www.kse-braunschweig.de) ist eine Tochter der Eckert & Ziegler Medizin- und Strahlentechnik AG (www.ezag.de), ein vielfach ausgezeichnetes, modernes Unternehmen, das ein weltweit anerkannter Spezialist für High-Tech-Komponenten ist, die auf der Grundlage von schwacher Radioaktivität arbeiten. Das gilt für die Bereiche der Regel- und Messtechnik ebenso wie etwa für die Krebstherapie und -diagnose in der Medizin und Pharmakologie.

Wir sind der Überzeugung, dass der Anwender solcher Materialien, wie z. B. ein Krankenhaus nach der Anwendung nicht auf den gebrauchten Materialien sitzen bleiben darf. Daher bieten wir in unserem Unternehmensbereich „Umweltdienste“ auch die Rücknahme und Behandlung gebrauchter Komponenten an. In Braunschweig Wenden-Thune arbeitet das Kompetenzzentrum für sichere Entsorgung (und seine Vorgängerunternehmen) seit 27 Jahren ohne Vorfälle und in bestem Einvernehmen mit den Behörden von Bund, Land und der Stadt Braunschweig an der Behandlung von schwach- und mittelradioaktiven Abfällen aus der Medizin, der Wissenschaft und der Technik. Sie wissen, dass es sich bei diesen Stoffen um Material handelt, das bei keinem Menschen unnötige Angst aufkommen lassen muss: Schutzkleidung, Putzlappen, Luftfilter, Kalibrierquellen, medizinische Strahlenquellen, Bauschutt u.ä. Es handelt sich dabei um technisch relativ leicht handhabbaren Sondermüll.

Geschäftsführer
Dr. Andreas Eckert

Sitz Berlin
Amtsgericht Charlottenburg
Reg.-Nr. HRB 95917 B
USt.-ID-Nr. DE 114103514

Bankverbindung
Commerzbank AG Berlin
Bankleitzahl 12040000
Konto-Nr. 046300000

Am Standort Braunschweig geht es nicht um Kernbrennstoffe und nicht um Stoffe mit Wärmeentwicklung. Die Belastung durch Radioaktivität ist gering, so dass eine Handhabung ohne zusätzliche Abschirmung möglich ist. Die Halbwertszeiten der Materialien liegen fast ausschließlich unter 30 Jahren.

Für all diese Arbeiten bestehen selbstverständlich gültige Betriebsgenehmigungen, es werden dafür Steuern in Braunschweig gezahlt und Arbeitsplätze vorgehalten. So wie wir unseren Pflichten gegenüber dem Gesetz und der Stadt nachkommen, bitten wir auch Sie, Ihrer Verantwortung gegenüber unserem Unternehmen gerecht zu werden.

In der Tat beabsichtigt unser Unternehmen, den Standort in Braunschweig zu modernisieren, u.a. durch den Bau einer neuen Halle, die etwa 20 Millionen € Kosten soll. Dies wäre die erste große Investition am Standort seit vielen Jahren. Hierüber ist mit diversen Einzelpersonen, Politikern, Behörden und Ämtern auch und vor allem in Braunschweig seit geraumer Zeit gesprochen worden. Dabei geht es nicht um Erweiterung der Kapazität, sondern um die Verbesserung der Sicherheit (durch großflächige Erdabschirmung, optimierte Abluftüberwachung u.a.), um die Effizienz der Abläufe und übrigens auch um mehr Transparenz gegenüber der Öffentlichkeit: Die moderne, neue Halle in Braunschweig soll öffentlich zugänglich sein, geplant ist ein Besuchertrakt mit Vortragsraum und einem Café. Hier geschieht nichts, was nicht vorzeigbar und nicht verantwortbar wäre.

Durch Veröffentlichungen in der Presse ist die Eckert & Ziegler AG in Braunschweig in einen Zusammenhang mit der Behandlung von rückzuholenden Fässern aus dem Schacht Asse gebracht worden. Das ist kein Zufall: Nachdem das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) bekannt gegeben hatte, dass es erwägt, zumindest einen Teil der in der Asse eingelagerten Fässer herauszuholen und zu prüfen, war Sachkundigen klar, dass unser Unternehmen eines der wenigen ist, das für die Konditionierung solcher Abfälle zur Endlagerung überhaupt in Frage käme. Das KSE verfügt über die Technik, über die Erfahrung, über einen guten Namen und im übrigen auch über ein Zwischenlager in Leese (Kreis Nienburg), an dem endbehandelte Fässer zwischengelagert werden könnten, bevor sie endgültig eingelagert werden könnten. Ich habe auf Anfrage meine Bereitschaft erklärt, dem BfS bei der Bewältigung dieser schwierigen Aufgabe zu helfen. Danach kam es, wie Sie wissen, zu den bekannten öffentlichen Reaktionen. Es sind dabei unglücklicherweise auch Ängste geschürt worden. Dabei wurde sowohl ein Gefährdungspotenzial als auch etwa ein mögliches Transportaufkommen völlig überzogen dargestellt. Unsinnigerweise wurde auch gemutmaßt, in Thune solle gar ein Zwischenlager für radioaktive Abfälle errichtet werden. Ich bedaure diese Falschdarstellungen und Spekulationen, die in der Bevölkerung Ängste ausgelöst haben, außerordentlich. Für eine realistische Einschätzung der Option „Rückholung aus der Asse“ empfehle ich die aktuelle Ausstellung des BfS im Foyer des Rathauses Braunschweig.

Ich darf Ihnen gern meine generelle Haltung dazu kurz erläutern: Das BfS braucht für seine höchst verantwortungsvolle Aufgabe beim Problemfall Asse dringend die Kompetenz von geeigneten Unternehmen. Wenn wir uns hier nicht prinzipiell verweigern wollen, stellen wir uns einer bürgerschaftlichen Verantwortung, vor der man sich weder als Unternehmen noch als Politiker drücken

sollte. Die Haltung des Sankt Florian, der zwar eine Verantwortung sieht, sie aber selbst nicht übernehmen mag, kann ich mir nicht zu eigen machen.

Das KSE ist nicht Teil des Problems Asse, sondern könnte Teil der Lösung des Problems Asse sein. Unpopulär sind auch Flughafenerweiterungen, neue Straßen und die vielen Windräder. Dennoch müssen sie sein. Aufgabe von Verantwortungsträgern in der Wirtschaft wie im öffentlichen Raum sollte sein, der Bevölkerung das Notwendige zu erläutern, auch wenn es nicht jedem gefällt.

Das BfS hat nun der Debatte um den Standort Wenden-Thune, die erkennbar eine von interessierter Seite geschürte Phantomdebatte war, mit einer klaren Aussage beendet: „Wir planen nicht, die Asse-Abfälle in einer Anlage einer Firma in Braunschweig zu behandeln oder zu lagern“. Dieser eindeutigen Aussage des Bundesamtes habe ich nichts hinzuzufügen. Herrin des Verfahrens ist das BfS, damit ist alles dazu gesagt.

Wenn ich mich heute mit der Bitte an Sie wende, der geplanten Veränderungssperre nicht zuzustimmen, hat das nichts, aber auch gar nichts mit den Abfällen aus der Asse zu tun. Es geht vielmehr um die Zukunft des gesamten Standortes in Wenden-Thune.

- Die Veränderungssperre in ihrer geplanten Form würde trotz der Öffnungsklausel letztlich über einen Dominoeffekt den Standort insgesamt gefährden. Können sich die dort befindlichen High-Tech-Unternehmen nicht entsprechend ihrem Wachstum entwickeln, werden sie abziehen. Die anderen werden / müssen letztlich folgen. Das kann nicht ohne Auswirkung auf die dort befindlichen 350 Arbeitsplätze bleiben
- Eine „Geiselnahme“ völlig unbeteiligter Unternehmen am Standort schadet der Reputation des Wirtschaftsstandortes Braunschweig insgesamt.
- Kann KSE die neue Halle nicht bauen, würde dadurch das Sicherheitsniveau nicht auf den neuesten Stand gebracht werden können.
- Die Veränderungssperre ist ohnehin kein kurzfristiges Instrument mit sofortiger Wirkung auf das Problem. Sie griffe höchstens, wenn das Thema erledigt, bzw. am wenigsten dramatisch ist, nämlich nach der geplanten Öffnung von Schacht Konrad im Jahre 2014.

Deswegen bitte ich Sie:

Verschieben Sie die Abstimmung über die geplante Veränderungssperre.

- Es gibt überhaupt keinen Grund für eine übereilte Entscheidung – die möglicherweise erhebliche nachteilige Folgen haben könnte.
- Es ist nicht die Erhöhung der Kapazitäten am Standort geplant. Erhöhen wollen wir das Ausmaß der Sicherheit und das Ausmaß der Transparenz gegenüber der Öffentlichkeit.
- Ich garantiere hier, dass Eckert & Ziegler keinen Bauantrag stellen wird, der nicht die Zustimmung der Stadt Braunschweig erhalten kann. Auf dem Weg der Erarbeitung des Bauantrages kann sich die Stadt die Garantien einhandeln, die sie für richtig hält.

Wir bieten Ihnen an:

- Einen offenen, fairen Dialog, zu dem wir bisher keine Gelegenheit bekommen haben
- Die öffentliche Vorlage prüffähiger Umbaupläne, die im Übrigen den städtischen Behörden vorliegen

Ich bin gewiss, dass Sie im Sinne der Stadt und des Wirtschaftsstandortes Braunschweig und seiner Arbeitsplätze die richtige Entscheidung treffen.

Ich freue mich auf eine sachbezogene, nüchterne Diskussion mit Ihnen.

Sie dürfen mir glauben, dass mir die Sicherheit und das Wohlergehen meiner Mitarbeiter am Braunschweig genau so am Herzen liegt, wie die Sicherheit und das Wohlergehen der Bewohner von Braunschweig insgesamt.

Für ein Gespräch stehe ich Ihnen gern persönlich zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, reading "Andreas Eckert". The signature is written in a cursive, flowing style.

Dr. Andreas Eckert
Geschäftsführer
Kompetenzzentrum für sichere Entsorgung GmbH



> [Navigation](#) > [Aktuelles](#) > Pressemitteilungen

Umweltminister Wenzel stellt Bericht der Koordinierungsgruppe zur Aufarbeitung des Explosionsereignisses in Ritterhude vor

Pressemitteilung 98/2015

Der Niedersächsische Umweltminister Stefan Wenzel hat am Montag (heute) den Bericht der Koordinierungsgruppe (aus MI, MS und MU) für die Aufarbeitung des Explosionsereignisses bei der Firma Organo Fluid in Ritterhude im Umweltausschuss des Landtages vorgestellt.

„Die vollständige Aufklärung des Verwaltungshandelns am Ort dieses Unglücks ist für die Landesregierung eine besondere Verpflichtung. Allein aus Respekt vor dem Todesopfer, den Familienangehörigen und den materiell und seelisch geschädigten Mitbürgern in der Nachbarschaft des Industriebetriebes sei es unerlässlich, dass die Vorgänge aufgeklärt werden“, sagte der Minister.

Aber auch für die Konsequenzen hinsichtlich der verbesserten Aufsicht über die Industrieanlagen sei die konsequente Fehlerauswertung entscheidend.

Wenzel mahnte in diesem Zusammenhang erneut an, dass „es zuvorderst der Verantwortung von Firmenleitungen obliege, ihre Anlagen sicher und den gesetzlichen Bestimmungen entsprechend zu betreiben.“

Die intensiven Prüfungen der Genehmigungsgrundlagen und -historie durch die Koordinierungsgruppe hätten die grundsätzlichen Hinweise und die Fehleranalyse seines ersten Berichts vor dem Landtag Anfang Februar d. J. bestätigt, sagte Wenzel. Erkennbar hätten zu diesen Fehlern auch die im Verlaufe des untersuchten Zeitraums seit 1989 teilweise sich sehr grundsätzlich ändernden Rechtslagen und Zuständigkeiten beigetragen.

Als „besonders schwerwiegend“ werden im Bericht der Koordinierungsgruppe folgende Punkte genannt:

- Änderungen an den Anlagen wurden über die Jahre vielfach ohne die erforderlichen Änderungsanzeigen der Betreiberin durch diese vollzogen.
- Das Gewerbeaufsichtsamt (GAA) Cuxhaven und die seinerzeitige Bezirksregierung Lüneburg gingen fälschlicherweise davon aus, dass nach einer Änderungsanzeige im Jahr 1998 in der Feuerungsanlage der Firma auch Fremdadfälle direkt entsorgt werden durften.
- Diesem Irrtum unterlagen auch die Niedersächsische Gesellschaft für die Endablagerung von Sonderabfall mbH (NGS) und der Entsorgungsfachbetriebs-Zertifizierer der Betreiberin. In der Folge hat die NGS die Verwertung und Beseitigung von Fremdadfällen fälschlicherweise als zulässig eingestuft.
- Das GAA Cuxhaven hat im Jahr 2003 nicht erkannt, dass die Betreiberin in einer teils widersprüchlichen Änderungsanzeige auch die Erhöhung der Feuerungswärmeleistung um den Faktor 3,5 angezeigt hat.
- Obwohl das GAA im Jahr 2012 durch Einsichtnahme in TÜV-Prüfberichte aus dem Jahr 2008 erfuhr, dass für die Thermalölanlagen die Inbetriebnahmeprüfungen fehlten, wurden keine Konsequenzen gezogen. Obwohl dem Betreiber durch ein paralleles TÜV-Gutachten sicherheitstechnisch erhebliche Mängel in diesem Anlagenteil mitgeteilt worden waren, ist nicht ersichtlich, dass der Betreiber die Mängel abgestellt hat.

Zusammenfassend stellte Umweltminister Wenzel fest: „Der lange Betrachtungszeitraum und die oft unzureichende Dokumentationspraxis vergangener Jahre haben die Prüfungen der Koordinierungsgruppe erschwert. Einzelne Sachverhalte können mit den weiterhin nur unzureichend vorliegenden Unterlagen nicht näher untersucht werden. Der Bericht der Koordinierungsgruppe enthält ausdrücklich keine Ursachenbeschreibung für das Schadensereignis. Insoweit bleiben die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen abzuwarten!“

Als Konsequenzen aus den Analysen der Koordinierungsgruppe stellte der Umweltminister vor:

- Die behördliche Überwachung von Anlagen wird durch die begonnene Umsetzung der Anforderungen der Industrie-Emissionsrichtlinie (IE-RL bzw. IED) verbessert.

- Die Durchführung der Prüfungen von Anlagenänderungen wurde auf das 4-Augen-Prinzip umgestellt.
- Die Landesregierung bereitet vor, dass bei schwierigen Gemengelagen, auffällig vielen Anliegerbeschwerden oder anderen Auffälligkeiten im Überwachungsvollzug umfassendere Prüfungen durchgeführt werden.
- Der seit vielen Jahren laufenden Entwicklung der personellen und politischen Schwächung der Gewerbeaufsicht durch Aufgabenzuwächse ohne entsprechende Personalaufstockung und eine Überzeichnung der Dienstleistungsfunktion im Sinne der Industrie soll entgegengewirkt werden.
- Die geteilten Zuständigkeiten bei der Aufsicht kommen auf den Prüfstand, um Genehmigungsprozesse effektiver abzustimmen.
- Das System der Fremdüberwachung von Anlagen durch Sachverständige wird auf Schwachstellen überprüft.

Abschließend wies der Umweltminister „wiederkehrende Versuche der Opposition zurück“, der amtierenden Landesregierung oder einzelnen Staatssekretären durch unhaltbare Anschuldigungen, wertende Anfragen und Bezeichnungen eine Mitschuld für das Unglück zuzuschreiben. „Es gibt keinerlei Hinweise, die auf ein Fehlverhalten aktiver Regierungsmitglieder beziehungsweise Staatssekretäre schließen lässt. Manöver, die versuchen, die Bearbeitung von ernststen Problemen politisch zu funktionalisieren, waren und sind nicht hilfreich“, sagte Wenzel.

Die politische Verantwortung für die Aufsicht über den im Zentrum der Untersuchungen stehenden Betrieb habe in den über 25 Jahren in den Händen vieler Teilnehmer unterschiedlicher Parteicouleur gelegen. Die Landesregierung habe seit 2014 bereits mehr Personal in der Gewerbeaufsicht eingesetzt und lade alle Fraktionen im Landtag zur Mitarbeit bei der weiteren Verbesserung von Genehmigung und Aufsicht ein, um in Zukunft für noch mehr Schutz von Menschen und Umwelt zu sorgen.

Den Wortlaut der Unterrichtung des Ministers im Umweltausschuss finden Sie [hier](#).

Den Bericht der Koordinierungsgruppe finden Sie [hier](#) 

Weitere Infos und die bisherigen Veröffentlichungen des Umweltministeriums zum Thema Organo Fluid finden Sie [hier](#)

Artikel-Informationen

11.05.2015

<http://www.umwelt.niedersachsen.de/aktuelles/pressemitteilungen/umweltminister-wenzel-stellt-bericht-der-koordinierungsgruppe-zur-aufarbeitung-des-explosionsereignisses-in-ritterhude-vor-133567.html>

© 2015 Niedersachsen.de | Alle Rechte vorbehalten - Vervielfältigung nur mit unserer Genehmigung